

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/191

7. Oktober 1974

Abgrenzung nur auf dem Papier verschärft

Besondere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind eine Tatsache

Seite 1 / 43 Zeilen

Mitbestimmung der Jugendvertreter im öffentlichen Dienst

Erstmals Wahl nach dem reformierten Bundespersonal-Vertretungsgesetz

Von Helmut Becker (Nienberge) MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 48 Zeilen

Die Gespensterjagd des Dr. Dregger

Radikalen-Hysterie soll von Konzeptionslosigkeit der Union ablenken

Von Rudi Walther MdB
Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesministerium des Innern

Seite 4 und 5 / 81 Zeilen

Die Selbständigen sind in der SPD gut aufgehoben

Anmerkungen zur Bundeskonferenz der AGS in Berlin

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 09 88 848 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 100-112 Telefon: 37 66 11

Abgrenzung nur auf dem Papier verschärft

Besondere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind eine Tatsache

Die Eliminierung aller Bezüge auf die einheitliche Deutsche Nation aus der DDR-Verfassung hat die Abgrenzung des zweiten deutschen Staates von der Bundesrepublik nur auf dem Papier forciert. Die Besonderheit der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist dagegen ein Faktum, mit dem die SED weiter zu leben und zu arbeiten hat, ob es ihr gefällt oder nicht. Eine Reihe von Ereignissen dieser Tage beweist das.

Es ist sehr bemerkenswert, daß SED-Chef Erich Honecker in Anwesenheit des Generalsekretärs der sowjetischen KP, Leonid Breschnjew, die "günstigen Möglichkeiten" betonte, auf der Basis der abgeschlossenen Verträge die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR fortzusetzen und darauf hinwies, daß die Chancen, die diese - in ihrer Bedeutung von Breschnjew demonstrativ gewürdigten - Verträge böten, "gewiß noch nicht ausgeschöpft" seien. Das Errungene sei "zu kostbar und zu wichtig", als daß es "im geringsten Maße zu einem politischen Spielball gemacht werden könnte", sprach denn der Gast aus dem Kreml unmißverständlich aus. In die auch für Moskau bedeutsame Entwicklung der Beziehungen UdSSR-Bundesrepublik - namentlich der wirtschaftlichen Kooperation - muß sich das Verhältnis Ostberlin-Bonn reibungslos einpassen; schließlich hat die SED ihren Staat in der neuen Verfassung zum "untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft" erklärt.

Auch der Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Erich Honecker, welcher der Qualitätsverbesserung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten und somit konkreten Verbesserungen für alle Deutschen gilt, ist nicht gerade ein Indiz für eine Verschärfung der praktizierten Abgrenzung. Es gibt da Vieles, dem eine durch solchen Kontakt verbesserte Atmosphäre zugute kommen könnte: der Zurücknahme der verdoppelten Zwangs-umtauschgebühren für DDR-Reisende, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einem Ost-West-Stromverbund unter Einfluß Westberlins, einer Autobahn Hamburg-Westberlin.

Kontakte dieser Art pflegen vernünftige Politiker in aller Welt freiwillig nicht unter Trommelwirbel auf Paradeplätzen aufzunehmen. Dafür sollte im Interesse der Sache auch eine Opposition Verständnis aufbringen. Festzuhalten ist indessen, daß die Kommunikation zwischen beiden deutschen Staaten ungeachtet aller Manipulationen mit dem Begriff der Deutschen Nation nicht schlechter geworden ist. Und gerade darauf sollte es schließlich ankommen.

(pr/7.10.1974/ks/ar)

Mitbestimmung der Jugendvertreter im öffentlichen Dienst

Erstmalige Wahl nach dem reformierten Bundespersonal-Vertretungsgesetz

Von Helmuth Becker (Nienberge) MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Vom 8. bis 10. Oktober finden in weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes die Wahlen zu den Personaljugendvertretungen statt. Durch die Neufassung des Bundespersonalvertretungsgesetzes, das am 1. April 1974 in Kraft trat, kommt diesen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung zu. Zum erstenmal werden nämlich in dreistufigen Verwaltungen Jugendvertretungen auf der örtlichen Ebene, der Bezirksebene und bei den obersten Dienstbehörden gewählt.

Die Reformschwerpunkte für die Tätigkeit der Jugendvertretung sind im neuen Bundespersonalvertretungsgesetz im 3. Kapitel in den §§ 57 bis 64 zusammengefaßt. Die allgemeinen Aufgaben der Jugendvertretung sind danach:

1/ Maßnahmen, die den jugendlichen Beschäftigten dienen, insbesondere in Fragen der Berufsbildung beim Personalrat zu beantragen;

2/ darüber zu wachen, daß die zugunsten der jugendlichen Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden;

3/ Anregungen und Beschwerden von jugendlichen Beschäftigten, insbesondere in Fragen der Berufsbildung, entgegenzunehmen und, falls sie berechtigt erscheinen, beim Personalrat auf eine Erledigung hinzuwirken; die Jugendvertretung hat die betroffenen jugendlichen Beschäftigten über den Stand und das Ergebnis der Verhandlungen zu informieren.

Die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung für die Jugendvertretungen finden in ihrem Umfang und ihrem Sachgehalt in kaum einem anderen Land auch nur annähernd ausgestaltete Möglichkeiten. Gemeinsam mit den Personalräten bestimmen Jugendvertreter z.B. mit:

- bei der Einhaltung des Jugendarbeitsschutzes (Gestaltung der Dienst-

- pläne, der Pausen und des Dienates am Wochenende),
- bei der Aufstellung des Urlaubplanes,
 - bei der Gestaltung der Arbeitsplätze,
 - bei der Regelung der Ordnung in der Dienststelle,
 - bei der Einhaltung der Ausbildungspläne,
 - bei der Durchführung der betrieblichen Jugendpflege,
 - bei der Erstellung der Heimordnungen für Jugendwohnheime,
 - bei der Entscheidung über Ersatzansprüche.

Mitbestimmung, Mitwirkung, Mitsprache auf der einen Seite, aber auch ein hohes Maß von Mitverantwortung auf der anderen Seite kommt auf die Jugendvertreter zu, die aus den jetzt anstehenden Wahlen erfolgreich hervorgehen. Wie bei der Verabschiedung des Bundespersonalvertretungsgesetzes im Dezember 1973 im Deutschen Bundestag angeregt, wird in etwa drei Jahren über die Erfahrungen mit diesen gesetzlichen Bestimmungen Bilanz gemacht werden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat mit dieser Entscheidung über die Mitbestimmung der Jugendvertreter ihre Bereitschaft, die Jugendlichen in unserem Lande möglichst frühzeitig mitgestalten und mitentscheiden zu lassen, ebenso dokumentiert wie bei der Herabsetzung des Wahlalters und den am 1. Januar 1975 in Kraft tretenden Bestimmungen über die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr.

(-/ 7. 10. 1974/bgy/or)

+ + +

Die Gespensterjagd des Dr. Dregger

Radikalen-Hysterie soll von Konzeptionslosigkeit der Union ablenken

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesministerium des Innern

Die politische Einfallslosigkeit der CDU/CSU ist schon beängstigend. Da reiten die Unions-Christen doch seit Wochen und Monaten auf dem Extremisten-Thema herum, obwohl sich dieses Problem angesichts des längst vorliegenden Entwurfs der Bundesregierung über die Behandlung Radikaler im öffentlichen Dienst schon sehr bald erledigen könnte. Aber offensichtlich soll die links-radikale Geister-Beschwörung der Opposition die Tatsache verschleiern, daß die Strauß-Kohl-Fraktion den aktuellen Problemen, die gegenwärtig tatsächlich auf den Nägeln brennen, völlig hilflos gegenübersteht.

Anders läßt sich die Propaganda aus der rechten Ecke wirklich nicht erklären. Um das zu erkennen, braucht man sich nur einmal die Zahlen aus dem Jahresbericht 1973 des Bundesamtes für Verfassungsschutz vorzunehmen. Danach wurden im vergangenen Jahr im öffentlichen Dienst insgesamt 1.343 Rechtsradikale und 1.423 Linksextremisten registriert. Bei einer Zahl von über 3,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bedeutet dies, daß jeder 1.250. Bedienstete einer extremistischen Organisation angehört, jeder 2.500. ist Linksextremist. Von den Rechtsradikalen waren 846 beim Bund beschäftigt, 372 bei den Ländern und 123 bei den Gemeinden. Bei den Linksradikalen standen in Bundesdiensten 246, in Länderdiensten 291 und im Kommunaldienst 240; die restlichen 146 verteilen sich auf andere öffentliche Einrichtungen. Hier soll nicht einer Verharmlosung dieser Zahlen das Wort geredet werden, nur einer Reduzierung des Problems auf seine eigentliche Dimension. Diese quantitative Dimension wird auch nicht dadurch geändert, daß geistlose, idiotische Krawallmacher in Frankfurt der deutschen Rechten die Argumente frei Haus liefern.

Nur ein paar Zahlen lassen auch die immer wiederkehrende Behauptung, Hessen sei ein "Dorado" für linke Verfassungsfeinde, wie eine Seifenblase zerplatzen. Das Land Hessen hat nachweislich weniger linksextremistische Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst beschäftigt als z.B. die CDU-regierten Länder Baden-Württemberg und Saarland, nämlich insgesamt 60 (Zahl der registrierten Rechtsradikalen: 23). Das bedeutet bei einer Zahl von rund 120.000 Landesbediensteten einen Anteil von 0,05 vH. Und auch dieser geringe Teil kann nicht einer angeblich laichen Einstellungspolitik angelastet werden, weil einige der Betroffenen erst extremistischen Organisationen beigetreten sind, nachdem sie längst im öffentlichen Dienst tätig waren. Andere - das gilt besonders für den Bereich der Lehrer - sind Beamte auf Widerruf, die nicht einfach abgelehnt werden konnten. Sie müssen sich aber einer neuen Prüfung unterziehen, wenn sie in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden wollen.

Die angeblich drohenden Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Hessen existieren also nicht. Dr. Alfred Dregger macht Jagd auf Ge-

spenster, die überhaupt nicht vorhanden sind. In Wahrheit will er mit dieser Taktik von der inneren Zerrissenheit und der Konzeptionslosigkeit der Unions-Parteien ablenken. Dieses Täuschungsmanöver verfolgt der "hessische Strauß" schon seit Beginn dieses Jahres konsequent. Das Spektakel, das der angebliche "Verfassungsexperte" im Februar anlässlich der Debatte über das Grundgesetz im Bundestag veranstaltete, ist noch in allzu guter Erinnerung. Es war der Auftakt für den Wahlkampf in Hessen.

Dabei muß man wissen, daß ausgerechnet der Verfassungs-Interpret Dregger Kuratoriums-Mitglied einer äußerst zweifelhaften Organisation war. Sie nennt sich "Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit e.V." und befaßt sich mit Plänen über eine private Bürgerwehr, die, so heißt es in einem Flugblatt, "bei drohenden Umsturzversuchen den Revolutionären in den Arm fallen" soll. Wie die "Frankfurter Rundschau" erfahren haben will, soll die Dregger-Organisation sogar Listen von "Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftlern" angefertigt und in der Schweiz deponiert haben. Wozu die wohl dienen sollen? Jedenfalls scheint das Vertrauen des Herrn Dregger in unsere Polizei und unsere Justiz nicht sehr groß zu sein.

Daß die CDU an einer Beendigung der "Extremisten-Debatte" noch lange nicht interessiert ist, - sie braucht das Thema ja noch für andere Landtagswahlen - zeigt sich in ihrer Einstellung gegenüber dem Regierungsentwurf über Radikale im öffentlichen Dienst. Kohl, Carstens und Gehlert sind zu keinen Kompromissen bereit und wollen ihre Vorstellungen offenbar über den Bundesrat durchsetzen oder das Verbot der DKP betreiben. Von der Absicht, daß die CDU auch die NPD verbieten lassen will, hat man allerdings noch nichts gehört. Radikal ist also nicht gleich radikal. Da wird offenbar differenziert zwischen links und rechts. Das äußert sich auch in einer Antwort des rheinland-pfälzischen CDU-Kultusministers Vogel auf eine Anfrage im Mainzer Landtag, die sich mit der Beschäftigung eines NPD-Funktionärs im Landesdienst befaßte. Die Frage, ob ein Bundestagskandidat einer Organisation wie der NPD engagierter Anhänger seiner Partei sei, wurde von Vogel nämlich dahingehend beschieden, daß jeder Einzelfall für sich geprüft und entschieden werden müsse. Das ist generell zwar richtig, aber hier wird also selbst bei einem Bundestagskandidaten der NPD nicht unbedingt unterstellt, daß er Anhänger seiner Partei ist und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Diese Antwort legt die Taktik der Union in der Extremisten-Frage schonungslos offen.

Es steht zu vermuten, daß die Unterscheidung von solchen und solchen Verfassungsfeinden für die CDU/CSU wohl begründet ist. Sollten die Demenstis über Kontakte zwischen hessischen CDU-Politikern und Vertretern der NPD erlogen sein? Zumindest ist es nicht das erste Mal, daß Berichte über derartige Kontakte eine heftige Diskussion ausgelöst haben. Deshalb sei zur Vorsicht gegenüber den linkeradikalen Geistesbeschwörern geraten. Vielleicht wird Dregger die rechten Gespenster, die er rief, nicht wieder los.

(- / 7.10.1974/ks/pr)

+ + +

Die Selbständigen sind in der SPD gut aufgehoben

Anmerkungen zur Bundeskonferenz der AGS in Berlin

Die Schwierigkeiten beginnen bereits im Definitivischen: Denn wer gehört zum Mittelstand und zu den Selbständigen, die den wirtschaftlichen Kampf mit den Großunternehmen aufnehmen und bestehen sollen? In Berlin trafen sich am Wochenende die Selbständigen in der SPD zu ihrer Bundeskonferenz, um ihre Probleme zu diskutieren und ihre Forderungen an Partei und Staat zu formulieren.

Es sind drei Komponenten, die diese Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) prägten: Forderungen und Beschlüsse der Konferenz belegen eindringlich, daß für diese Gruppe der Begriff Wettbewerb existentielle Bedeutung besitzt. Für manche sogar in der Weise, daß Wettbewerb fortwährend eine Gratwanderung zwischen wirtschaftlichem Überleben und Ausscheiden bedeutet. Aus der täglichen Erfahrung eines mörderischen Wettbewerbs mit Großunternehmen oder innerhalb der Rahmenbedingungen, die wiederum von wirtschaftlich Mächtigeren gesetzt werden, resultieren Forderungen nach besserer sozialer Absicherung. Auch der Widerstand gegen die Hochzinspolitik der Bundesbank ist eine der Resultanten des Standes der wirtschaftlichen Auseinandersetzung, bei dem die Kleinen und Mittleren vergleichsweise schwerere Lasten zu schleppen haben als die Unternehmen, die ihren Kreditbedarf notfalls auch im Ausland decken können.

Für die Selbständigen in der SPD hat also dieser Passus des Godesberger Programms nicht an Bedeutung verloren: "Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über die gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder weniger unfrei. Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Mensch als Verbraucher."

Dennoch hat sich die Bedeutung dieser Arbeitsgemeinschaft und hat sich an ihren Möglichkeiten, auf die eigenen Berufs- und Geschäftskollegen einzu-

wirken, etwas geändert: Dies wäre der zweite Faktor den es festzuhalten gilt. Es gibt für die Selbständigen kein stures Anrennen mehr gegen eine Regierung in Bonn, die zwar zu jeder Wahlperiode einiges verspricht, nichts hält und im weiteren auf traditionelle Ressentiments gegen die Sozialdemokraten setzt, wie es in den fünfziger und sechziger Jahren unter der Unionskanzlerschaft gang und gebe war.

Die Verbindung zwischen SPD-Selbständigen und SPD-Bundestagsfraktion sowie zur Bundesregierung klappt. Belege dafür gibt es genug: die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige und die Steuerreform, die auch für viele tausend Selbständigen, wesentliche Verbesserungen parat hält - z.B. die Befreiung von rund 1,6 Millionen Gewerbetreibenden von der Gewerbeertragssteuer. Auch das Mittelstandsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau aus dem Jahre 1973 oder die Erhöhung der ERP-Mittel und die beiden bisher verabschiedeten Sonderprogramme der Bundesregierung zur Stützung der Konjunktur gehören an diese Stelle. Diese ersten konkreten Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage der vieler Selbständigen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit - nicht zu vergessen die Kartellgesetznovelle - verleihen den SPD-Selbständigen in der politischen Auseinandersetzung ein stärkeres Gewicht.

Die Bedeutung der dritten Komponente für die Einsatzkraft der SPD kann garnicht unterschätzt werden: Die Selbständigen haben den Dialog mit den anderen Arbeitsgemeinschaften intensiviert und festgestellt, daß auf beiden Seiten ein Hinzulernen möglich ist. Bemerkenswert ist auch, daß die Selbständigen den Kontakt zum Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommen haben und ebenfalls für beide Seiten lehrreiche Gespräche führten.

Die oft ein wenig spöttisch so genannte "vierte Säule" der SPD beginnt sich also umzuschauen. Wer wie die AGS in den vergangenen Jahren die Mitgliederzahl verdoppelte, so daß jetzt jedes zehnte SPD-Mitglied zu den Selbständigen zu rechnen ist, ist gut beraten dieses quantitative Gewicht in politische Münze umzugießen. Der richtige Weg führt über den intensiven Meinungsaustausch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften, so daß eine stärkere Verzahnung der einzelnen Aktivitäten möglich wird. So wäre es z.B. auch denkbar, daß sich diese Öffnung der AGS in der Diskussion um Sachfragen, wie die Reform der Berufsausbildung, positiv auswirken wird.

Klaus Vater
(-7.10.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller